

■ Internationale Expertentagung zum Kosovo

Der westliche Balkan. Politische Ordnung, wirtschaftliche Stabilität und internationales Engagement: KOSOVO

Berlin, 11. März 2005

Veranstalter: Südosteuropa-Gesellschaft / Friedrich-Ebert-Stiftung

Bericht von Heinrich Sassenfeld, Belgrad

□ Eine eintägige, intensive Kosovo-Konferenz fand am 11. März 2005 in der Landesvertretung von Sachsen-Anhalt in Berlin statt und stellte die Auftaktveranstaltung der Südosteuropa-Gesellschaft (SOG) zu ihrem diesjährigen Schwerpunktprojekt „Der westliche Balkan. Politische Ordnung, wirtschaftliche Stabilität und internationales Engagement“ dar. Mit unterschiedlichen Kooperationspartnern sind dabei Expertentagungen zu Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Makedonien, Serbien und Montenegro sowie eine thematische Veranstaltung über organisierte Kriminalität geplant. Unter der wissenschaftlichen Leitung von SOG-Vizepräsidentin *Uta Zapf*, MdB, stand bei der Auftaktveranstaltung die politische, ökonomische und soziale Entwicklung im Kosovo zur Debatte. Zu der Tagung, die diesmal in Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung von Dr. Hansjörg Brey (SOG) und Britta Joerissen (FES) organisiert worden war, kamen ein ausgewählter Expertenkreis aus Deutschland, dem Kosovo und Serbien sowie Abgeordnete des Deutschen Bundestags, Vertreter des Auswärtigen Amts und Diplomaten der Balkanregion zusammen. Die Veranstaltung stieß auf sehr großes Interesse: insgesamt waren mehr als 200 Teilnehmer zu verzeichnen.

Das Interesse ist auf die politische Aktualität und strategische Brisanz des Themas sowie den hochkarätigen Referentenkreis zurückzuführen (alle Referenten sprachen als Privatpersonen). In den letzten Jahren schien das mediale Interesse am Balkan abzuflauen. Kosovo steht aber spätestens seit März 2004 wegen der gewalttätigen Auseinandersetzungen gegen die serbische Minderheit wieder im Blickpunkt. So trat zu Beginn der Woche, in der die Tagung stattfand, der kosovarische Ministerpräsident Ramush Haradinaj zurück und stellte sich dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag. Dieser Schritt konnte sowohl interne Regierungskonsequenzen, als auch als wichtiges Beispiel der Kooperation mit dem ICTY Auswirkungen auf Serbien und die anderen Nachbarstaaten haben. Die Berliner Veranstaltung wurde nicht nur von westlicher Seite, sondern auch von den serbischen und albanischen Referenten genutzt, um die möglichen

Konsequenzen dieser Entwicklung zu erörtern: Trotz der unübersichtlichen Situation bestätigten die meisten kosovarischen Referenten ihre Teilnahme. Auch die internationalen Institutionen und die deutsche Politik waren hochrangig und kompetent vertreten.

Gernot Erlor, MdB und Präsident der Südosteuropa-Gesellschaft, dankte der Friedrich-Ebert-Stiftung für die gute Zusammenarbeit bei der Vorbereitung der Konferenz. Für ihn ist Kosovo ein Schlüssel im Hinblick auf die Überwindung der gewalttätigen Auseinandersetzungen auf dem Balkan. Geeignete institutionelle und politische Lösungen dort können beispielgebend für stabile Perspektiven in den verschiedenen Staaten und Entitäten der Region sein. Kosovo ist auch Prüfstein für ein friedliches Zusammenleben in multiethnischen Gesellschaften, so wie dies in Europa wünschenswert ist.

Dr. *Joachim Rücker*, Leiter der Säule IV von UNMIK und Vertreter des Special Representative of the Secretary General, eröffnet mit einer von Zuversicht und Optimismus gekennzeichneten Keynote die Veranstaltung: Kosovo ist aus seiner Sicht auf dem richtigen Gleis. Um die Jahresmitte 2005 wird zu prüfen sein, wie weit die wichtigsten Standards erfüllt werden. Bei einem positiven Ergebnis werden im zweiten Halbjahr Gespräche über den zukünftigen Status aufgenommen. Das Ergebnis dieser Verhandlungen ist allerdings völlig offen. Kurzfristig könne die Benennung eines Nachfolgers von Premierminister Haradinaj Veränderungen im Procedere der Regierung auslösen. So ist der Dialog über verschwundene Personen deswegen zunächst verschoben worden. Die Dynamik hinsichtlich der Erfüllung der Standards werde von der nächsten Regierung aber sicherlich fortgesetzt. Rücker unterstrich noch einmal die Bedeutung einer aktiven Teilnahme der Serben an den politischen Prozessen. So sollten die serbischen Kosovaren baldmöglichst ihre Arbeit in den Institutionen wieder aufnehmen. Belgrads Haltung sei in dieser Hinsicht sehr wichtig, da die kosovarischen Serben noch stark von dort beeinflusst seien. Man hoffe auch, dass die serbische Regierung zu einer konstruktiven Teilnahme an den Statusgesprächen bereit sei. Zur momentanen Entwicklung im Kosovo merkt Rücker an, dass die Operationalisierung der Standards vorangehe, der Transfer der Verantwortung für die Wirtschaftspolitik schrittweise erfolge und Dezentralisierung beginne. Risiken hinsichtlich der Standards lägen im noch ungenügenden Funktionieren der kosovarischen Zivilgesellschaft, in der Unsicherheit, die die serbische Minderheit verspürt, sowie in der unbefriedigenden Wirtschaftsentwicklung, die das extrem hohe Arbeitslosenniveau nicht effektiv bekämpfen kann.

Der politische Direktor des Auswärtigen Amts, Dr. *Michael Schaefer*, begrüßte die Entscheidung Haradinajs, sich dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag zu stellen. Diesem Beispiel sollten alle weiteren gesuchten Angeklagten der Region folgen. Im Kosovo könne man aber noch keine Entwarnung geben. Die Präsenz von KFOR-Truppen und UNMIK-Polizei sei für längere Zeit weiter notwendig. Die europäischen Anstrengungen zur Stabilisierung des Kosovos seien bisher schon sehr hoch gewesen. In den verschiedenen Bereichen habe Deutschland rund 300 Mio. € beigetragen und insgesamt seien von europäischer Seite seit 1999 fast 1,3 Mrd. € zur Verfügung gestellt worden. Auch in Zukunft werde die EU im Kosovo stark engagiert sein. Schaefer sah im bisherigen Regierungschef den wichtigsten Vertreter einer schnellen und wirksamen Implementierung der Standards. Eine neue Regierung auf breiter Basis könne diesen Kurs am besten fortsetzen. Die Evaluierung der Standards zur Jahresmitte 2005 müsse dann zeigen, ob man mit dem Prozess zur Lösung der Statusfrage beginnen könne. Eine Automatik gebe es jedenfalls nicht. Hinsichtlich dieses Prozesses sei es wichtig, dass es echte Verhandlungen gebe, die von Albanern und Serben, einschließlich Belgrad, getragen würden. Für den Prozess brauche man einen UN-Unterhändler und am Ende sollte eine neue Resolution des Sicherheitsrats stehen. Wenn auch ein Verhandlungskorridor bestehe, so wären aber einige Optionen auszuschließen. Zum einen könne es keine Rückkehr zum Status vor März 1999 geben. Zum zweiten

müsse eine Teilung des Gebietes verhindert werden. Drittens könne eine unkonditionierte Unabhängigkeit Kosovos nur nach einer längeren Zeit unter der Voraussetzung der Erfüllung aller Standards zu Stande kommen. Schließlich müsse man Kosovo verwehren, sich in Zukunft mit anderen Staaten, insbesondere mit Albanien, zusammenzuschließen.

Das erste Panel wurde von Dr. *Wim van Meurs*, Dozent an der Universität Nimwegen, geleitet und beinhaltete das Thema "**Vom Protektorat zum 'ownership'**". – Die Fraktionsvorsitzende der kosovarischen Regierungspartei AAK, Frau *Gjylnaze Syla*, machte ihrem Parteichef Haradinaj ein großes Lob wegen seiner heldenhaften Kooperation mit Den Haag. Obwohl er sicher nicht schuldig sei, habe er sich freiwillig gestellt, damit die Vorwürfe wegen Kriegsverbrechen geklärt werden könnten. Leider vergleiche das ICTY ungerechterweise Kosovo, das doch einen Unabhängigkeitskampf geführt habe, mit anderen Ländern der Region. Der Gerichtshof sei zu sehr politisiert. Mit dem Ausscheiden des Premierministers verlören die kosovarischen Anstrengungen zur Erfüllung der Standards kaum an Dynamik. Sie sei sicher, dass eine neue Regierung schnell gebildet werde und den Faden wieder aufnehme. Syla machte danach deutlich, welches die Prioritäten der Albaner sind: Transfer aller Kompetenzen an die kosovarischen Institutionen so bald wie möglich. Einzig der Bereich Sicherheit solle auf längere Zeit von der internationalen Gemeinschaft verantwortet werden. Mittlerweile sollten die Anstrengungen bei Aus- und Fortbildung von Personal für diesen heiklen Sektor verstärkt werden. Für Syla besteht kein Zweifel daran, dass das wichtigste Ziel in der Unabhängigkeit ihres Landes liegt.

Der Berater des serbischen Ministerpräsidenten, Professor *Slobodan Samardžić*, beklagte die Säuberung des Kosovos von Serben und stellte einen erheblichen Rückgang der Multiethnizität seit 1999 fest. Er hält den Beginn der Statusdebatte für verfrüht. Es gelte weiterhin Resolution 1244, die die Integrität von Serbien, Kosovo und Montenegro bestätige. Die Implementierung der Standards sei nicht erreicht. Insbesondere das multiethnische Zusammenleben und der Schutz der Minderheiten seien nicht garantiert. Belgrad sei zu Gesprächen auf technischer Ebene bereit. Samardžić betonte insbesondere die Dezentralisierung. Sie sei zwar alleine nicht ausreichend, um die Minderheiten zu verteidigen, die Verhandlungen hierüber seien aber ein wichtiger Prüfstein für die Seriosität des multiethnischen Ansatzes.

Der Vertreter der serbischen Kosovaren, *Oliver Ivanović*, bestätigte die Schwierigkeiten im alltäglichen Leben der Minderheit. Die Serben würden aus Angst nicht in die wieder aufgebauten Häuser zurückkehren. Es sei auch nicht klar, ob die serbischen Schüler in den Enklaven ausreichend gut behandelt würden. Leider hätte sich die Gewalt für die Albaner bisher ausgezahlt. Ivanović sah den Wahlboykott im Oktober 2004 als einen Fehler an, auch wenn die meisten kosovarischen Serben nicht der gleichen Meinung seien. Mit der erneuten politischen Beteiligung sollte sich ein Weg zur Selbstverwaltung, aber nicht zur Unabhängigkeit Kosovos ergeben.

Der britische Journalist *Misha Glenny* brachte einige Probleme am Schluss des ersten Panels auf den Punkt. Im Hinblick auf die internationale Gemeinschaft hatte er mehrere Kritikpunkte. UNMIK habe zwar hinsichtlich des Friedens weitgehend funktioniert. Die Mitregierung, so wie sie praktiziert wurde, entspreche jedoch nicht dem Erfahrungsschatz der UN und sei weitgehend gescheitert. Die Haltung des ICTY berücksichtige die politischen Gegebenheiten in den Ländern leider nicht, was das Wann und Wie der Anklagen betreffe. Auch die unterschiedliche Behandlung der Länder bezüglich des Verhandlungsspielraums bei den Annäherungsschritten an die EU sei nicht günstig. Die Verschiebung der Beitrittsverhandlungen mit Kroatien sei ebenfalls kein geeigneter Schritt. In Kosovo sei des Weiteren der ökonomische Kollaps fatal. Dies nicht nur, weil eine Radikalisierung der Albaner zu befürchten ist, sondern auch weil die chronische Unterbeschäftigung der Serben diese zunehmend zu einer Rückkehr nach

Südserbien zwingt, was dort neue Instabilitäten auslöse. Die in einiger Zeit anzugehende Statusfrage müsse in engem Zusammenhang mit der Integration in die EU gesehen werden. Serbien hätte keinen Anreiz, Kosovo anzuerkennen, es sei denn, eine Beschleunigung der Annäherung an die EU stehe in Aussicht.

Im zweiten Panel **“Wirtschaftliche Entwicklung”** übernahm Frau *Carola Kaps* von der FAZ die Moderation. Hier machte der Leiter des kosovarischen *think tanks* RIINVEST, Prof. *Muhamed Mustafa*, zunächst Statements zur makroökonomischen Entwicklung im Kosovo. Das Wachstum bleibt regelmäßig hinter dem Bevölkerungszuwachs zurück. Die Arbeitslosigkeit liegt bei 50 %, unter den Jugendlichen gar bei 70 %. Die externen Kapitalzuflüsse nehmen ab und die Exporte tragen nur noch mit 5 % zur Deckung der Importbedürfnisse bei. Die öffentlichen Investitionen betragen 20 % des BIP. Weder heimische noch ausländische Privatinvestoren dynamisieren die Ökonomie. Für Mustafa wäre es nötig, spezifische Politiken (Steuern, Zins/Kredit, öffentliche Serviceleistungen für Unternehmen) zu verbessern und die Anwendung von Gesetzen effektiver zu überwachen. Allerdings sei auch sichtbar, dass die Transfers von Auslandsalbanern fast ausschließlich in den Konsum gingen. Offensichtlich handele es sich um Arbeitnehmer, die als potente Investoren nicht in Frage kommen, sondern in bescheidenem Maße ihre Familien unterstützen.

Dr. *Joachim Rücker* (UNMIK) machte deutlich, wie einschneidend die doppelte Transformation sei: die Überwindung von Sozialismus und Krieg gleichzeitig. Er hält das ökonomische Potenzial und den Gesetzesrahmen für ausreichend. Chancen gebe es im Bergbau, bei der Braunkohle und einer Ausweitung der Agrarproduktion. Die Wirtschaftskompetenzen seien entsprechend des Verfassungsrahmens weitgehend übertragen worden. Schwierigkeiten gebe es bei der Performance. Investoren sollten sich aber von den noch instabilen politischen Rahmenbedingungen nicht abhalten lassen. Dagegen erwiderte Mustafa in seiner Replik, dass ohne die Definition des Status keine Auslandsinvestitionen zu erwarten seien.

Im dritten Panel moderierte Frau *Uta Zapf*, MdB, das Thema **“Standard – Status – Integration”**. Botschafter *Rolf Ekéus*, Hoher Kommissar der OSZE für Nationale Minderheiten, entwickelte generelle Kriterien über Minderheiten und Rückkehr. Es komme im Kosovo vor allem darauf an, Bedingungen zu schaffen, die die tatsächliche Rückkehr der vertriebenen Serben beförderten. Ein Schlüsselsektor sei die Erziehung mit Zweisprachigkeit, gemeinsamem Studium, gleichen Curricula, etc. Auch in Polizei und Rechtsprechung sollten die verschiedenen Volksgruppen angemessen vertreten sein. Dezentralisierung sei ein wichtiges Vehikel, um von ethnisch geprägten Nationalstaaten weg zu kommen.

Herr *Leon Malazogu* vom Forschungsinstitut KIPRED aus Priština entwickelte drei mögliche Szenarien für die Zukunft Kosovos:

- konditionierte Unabhängigkeit unter Akzeptanz von Belgrad und den kosovarischen Serben,
- konditionierte Unabhängigkeit allein mit Zustimmung der internationalen Gemeinschaft,
- keine Übereinstimmung über den Status und einseitige Unabhängigkeitserklärung der kosovarischen Albaner mit dem vorauszusehenden Chaos.

Er stellte die rhetorische Frage, ob Serbien überhaupt in der Lage sei, die Verantwortung für das ökonomisch so rückständige und politisch so konfliktreiche Kosovo zu übernehmen. Für die Albaner seien jedenfalls die territoriale Integrität ohne Korridore und die Sicherung eines funktionierenden Staates die Hauptforderungen. Die Serben im Kosovo bestünden auf Sicherheit und gemeinsamen Entscheidungsprozessen und wollten nicht von den Albanern dominiert werden. Leider seien zur Zeit alle Prozesse so politisiert, dass die konkreten Fragen

des Zusammenlebens nicht ausreichend behandelt würden. Malazogu zitierte als Beispiel eine Umfrage seines Instituts zur Dezentralisierung. Dabei antworteten Albaner und Serben mehrheitlich, dass sie für die Übergabe von Kompetenzen an untere territoriale Ebenen seien. Wenn aber in einer anderen Frage das Wort "Dezentralisierung" gebraucht würde, wurde das Konzept von Albanern abgelehnt und von Serben akzeptiert. Für Malazogu bleibt weiterhin das Verhalten der kosovarischen Serben sehr unbefriedigend, weil sie immer nach Belgrad schauten. Sie sollten stattdessen auf die albanischen Vorschläge eingehen. Diese könnten sich z.B. auf Vetorechte in besonders sensiblen Bereichen, einen reservierten Haushaltsanteil für Minoritäten und die Sicherung kultureller, sprachlicher und religiöser Rechte beziehen.

Dr. *Wolf Preuss* kam nach seiner längeren Erfahrung als FES-Berater im Premierministerbüro in Priština zum „Stabilisation and Association Tracking Mechanism" (STM) auf die Sonderrolle Kosovos zu sprechen, da in diesem Fall kein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen vorgesehen sei. Zunächst hätte es im STM-Prozess zu wenig Prioritäten gegeben, was aber jetzt überwunden sei. Preuss hält es für sinnvoll, die Arbeit der EU im Kosovo stromlinienförmiger zu gestalten und die Arbeit der fünf Büros (Pillar IV von UNMIK, die Europäische Wiederaufbauagentur, das Büro Solana, die EU-Kommission und die Ratspräsidentschaft) besser zu koordinieren.

In ihrem Schlusswort hielt Frau *Uta Zapf* fest, wie wichtig diese Kosovo-Veranstaltung für Wissenschaftler und Entscheidungsträger hinsichtlich der Aktualisierung der Informationen und eigenen Meinungsbildung gewesen sei. Die Positionen von Serbien und den Albanern im Kosovo seien zwar unverändert verhärtet und die serbische Minderheit vor Ort könne oder wolle bisher keine eigenständige Rolle übernehmen. In der Frage des Verhandlungskorridors von internationaler Seite ergebe sich aber zunehmend Klarheit, wie Dr. Schaefer mit der Ausgrenzung der vier genannten Optionen deutlich gemacht habe. Damit sei die Hoffnung verbunden, dass die größten Ängste auf beiden Seiten überwunden werden und die Bereitschaft zunimmt, sich zu Verhandlungen zusammen zu setzen. Kosovo wird wegen des voraussehbaren zeitlichen Ablaufs bezüglich des zukünftigen Status im zweiten Halbjahr 2005 und in 2006 große Bedeutung behalten, weswegen auch die SOG an weitere Aktivitäten zu dem Thema denkt.

■ Podiumsdiskussion an der Universität München

Kosovo 2005: Auf dem Weg zu einer Lösung?

München, 20. April 2005

Veranstalter: Südosteuropa-Gesellschaft / Elitestudiengang „Osteuropastudien" der Universitäten München und Regensburg

Bericht von Sanela Hodžić

□ Mit der Sicherheitsresolution 1244 der Vereinten Nationen wurde 1999 nicht nur der Krieg im Kosovo beendet, sondern auch die Verwaltungshoheit über das Gebiet an die internationale Zivilverwaltung (UNMIK) übertragen. Da dies nicht eine dauerhafte Lösung darstellen kann, ist das letztendliche Ziel, die Statusfrage langfristig zu klären. Nach einigen Jahren der UN-Verwaltung, in denen entscheidende politische, wirtschaftliche und institutionelle